

Attacken von rechts außen

Öffentlich-rechtliche Medien als Ziel populistischer Medienfeindlichkeit. *Von Christina Holtz-Bacha*

Abstract Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Europa steht unter Druck. Beträchtlichen Anteil daran haben die rechtsgerichteten populistischen Parteien. Dieser Beitrag soll zeigen, warum gerade der öffentlich-rechtliche Rundfunk die Zielscheibe populistischer Kritik darstellt. Die Strategien, die populistische Akteure einsetzen, um die öffentlich-rechtlichen Anstalten in Bedrängnis zu bringen, lassen sich aus dem vom Populismus gepflegten Antagonismus von Volk und Elite ableiten. Sie dienen aber zugleich dazu, kritischer Berichterstattung und so der Kontrolle der Öffentlichkeit aus dem Weg zu gehen. Das Fazit zieht den Schluss, dass die Attacken auf das öffentlich-rechtliche System auch als Angriff auf die Freiheit der Medien und ihre Rolle in der Demokratie zu verstehen sind.

Victor Orbán in Ungarn, die PiS in Polen, Robert Fico in der Slowakei, die Schwedendemokraten, die Schweizerische Volkspartei, die Freiheitliche Partei Österreichs, Boris Johnson im Vereinigten Königreich, Giorgia Meloni in Italien – sie alle haben es getan: Sie misstrauen dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, sie diskreditieren ihn, sie bauen ihn um und wollen ihn abschaffen.

Seit Jahren gibt es Druck auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Das reicht von Kritik an der Berichterstattung, Vorstößen zur Beschränkung der finanziellen Grundlagen, der Behinderung journalistischen Arbeitens bis hin zu strukturellen Veränderungen, die die Unabhängigkeit und damit das ganze System in Frage stellen. Die Attacken auf die öffentlich-rechtlichen Medien haben sich verschärft mit dem Erstarken rechtspopulistischer Parteien und solcher politischen Kräfte, denen die Unabhängigkeit der Medien ein Dorn im Auge ist. Es sind jedoch längst nicht nur die politischen Akteure, denen das Etikett „po-

*Dr. Christina
Holtz-Bacha ist
Professorin em. für
Kommunikations-
wissenschaft an der
Friedrich-Alexander-
Universität Erlangen-
Nürnberg.*

pulistisch” anhaftet, die gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu Felde ziehen. Es ist den populistischen Parteien vielmehr gelungen, die anderen Parteien vor sich herzutreiben und zum Handeln zu zwingen.

In den folgenden Abschnitten wird gezeigt, warum gerade der öffentlich-rechtliche Rundfunk zur Zielscheibe populistischer Attacken geworden ist. Dabei geht es um den ideologischen Kern des Populismus, aus dem populistische Akteure ihre Strategien ableiten, um öffentlich-rechtliche Medien zu bedrängen und zu diskreditieren. Geschickt eingesetzt dienen diese Strategien den Populisten zugleich dazu, der medialen und öffentlichen Kontrolle aus dem Weg zu gehen. Die Attacken auf das öffentlich-rechtliche System sind also auch als Angriff auf die Freiheit der Medien und ihre Rolle in der Demokratie zu verstehen.

Populismus und öffentlich-rechtliche Medien

Wie die Jahresberichte von Reporter ohne Grenzen zum Status der Pressefreiheit belegen, ist es um die Medienfreiheit in der Welt nicht gut bestellt. Lediglich acht (von 180) Staaten erreichen 2023 eine Einstufung als „gut“ (Reporter ohne Grenzen 2023a). Zwar schneidet Europa von den betrachteten fünf Weltregionen am besten ab, aber gerade hier zeigt sich auch, dass die Medien selbst in reifen Demokratien zahlreichen Bedrohungen ausgesetzt sind. Dazu gehört auch, wie Freedom House (2019) in seinen Berichten zur Lage der Pressefreiheit wiederholt festgestellt hat, der Druck, den der Populismus auf die Medien ausübt.

In diesem Umfeld und aufgrund ihres Auftrages spielen die öffentlich-rechtlichen Medien eine wichtige Rolle „in upholding the fundamental right of freedom of expression, enabling people to seek and receive information, and promoting the values of democracy, diversity and social cohesion“ (Council of Europe 2019). Ebenso wie der Europarat betont auch die Europäische Kommission den Beitrag der öffentlich-rechtlichen Medien zur Gewährleistung von Meinungsfreiheit und Medienpluralismus in ihren Rechtsstaatlichkeitsberichten (zuletzt 2023), fordert ihre Unabhängigkeit und eine stabile Finanzierung und berücksichtigt sie auch in ihrem Entwurf für ein Medienfreiheitsgesetz (Europäische Kommission 2022).

Mit dem Erstarken des Rechtspopulismus in Europa wurde jedoch gerade der öffentlich-rechtliche Rundfunk zum Objekt populistischer Medienfeindlichkeit (vgl. Holtz-Bacha 2021; Sehl et

Mit dem Erstarken des Rechtspopulismus in Europa wurde jedoch gerade der öffentlich-rechtliche Rundfunk zum Objekt populistischer Medienfeindlichkeit.

al. 2020). Das trifft vor allem die Länder Westeuropas, denn ihre Rundfunksysteme sind auch nach Hinzutreten der privat-kommerziellen Konkurrenz ab den 1980er Jahren immer noch deutlich vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk geprägt. Es trifft aber auch Mittel- und Osteuropa, wo der Rundfunk besonders verwundbar ist, weil die Umwandlung des Staatsfunks in Public Service-Anstalten im Zuge des Transformationsprozesses der 1990er Jahre nicht überall zur wirklichen Unabhängigkeit geführt hat.

Dass der Populismus den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ins Visier nimmt, begründet sich zuerst durch den Antagonismus zwischen Volk und Elite, der den ideologischen Kern des Populismus ausmacht (vgl. Mudde/Rovira Kaltwasser 2013, S. 502). Populistische Akteure nehmen für sich in Anspruch, die Stimme des „reinen Volkes“ zu sein, das von einer „korrupten Elite“ verraten wird. Zur Elite gehören diejenigen, die die Macht haben, und das sind „die meisten Menschen, die führende Positionen in der Politik, der Wirtschaft, den Medien und der Kunst innehaben“ (ebd., S. 503). Die „Systemmedien“ gelten als Teil dieses Machtapparats und Diener seiner Interessen.

Zwar ist öffentlich-rechtlicher Rundfunk von der Idee her auf die Unabhängigkeit vom Staat festgelegt, dennoch bleiben der Politik Einflussmöglichkeiten.

Das Argument, die Medien seien Teil des etablierten Machtgefüges, ist leicht zu machen. Zwar ist öffentlich-rechtlicher Rundfunk von der Idee her auf die Unabhängigkeit vom Staat festgelegt, dennoch bleiben der Politik direkte und indirekte Einflussmöglichkeiten. Diese sind in den europäischen Ländern unterschiedlich und reichen von der Vergabe von Lizenzen über die Finanzierung bis hin zur Besetzung von Kontrollgremien und Beteiligung an Personalentscheidungen.

Hinter dem Misstrauen gegenüber den Medien steht auch die grundsätzliche Skepsis der Populisten gegenüber Institutionen, die der Machtausübung in demokratischen Systemen Grenzen setzen und für gegenseitige Kontrolle sorgen sollen. Der Populismus präsentiert sich als Vertreter des homogen verstandenen Volkswillens; Intermediäre wie die Medien, die zur Kontrolle der politischen und wirtschaftlichen Macht beitragen, stehen seiner Umsetzung im Wege.

Mit der Verpflichtung auf Vielfalt und Pluralismus erfüllen die öffentlich-rechtlichen Medien eine integrierende Funktion für die Gesellschaft. Diese läuft jedoch dem Populismus zuwider, der in einer horizontalen Dimension durch die Kontrastierung von „Wir“ gegen „die Anderen“ ein homogenes Volk als Eingengruppe definiert und gegen eine Fremdgruppe abgrenzt.

Vom Entziehen der finanziellen Basis zur Systemfrage

Angriffe auf die finanzielle Basis des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sind sicherlich der einfachste Weg, um Einfluss auf die Anbieter auszuüben und damit das gesamte System in Frage zu stellen. Galt für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in den europäischen Ländern lange Zeit ein Gebührenmodell, haben mittlerweile mehrere Länder auf eine Finanzierung aus Steuermitteln umgestellt. Je nach Art der Finanzierung unterscheiden sich die Möglichkeiten, das Angebot der Anstalten zu beeinflussen. In Ländern mit einem Gebührenmodell wie zum Beispiel in Deutschland, Italien, der Schweiz und dem Vereinigten Königreich hat die Politik mehr oder weniger Eingriffsmöglichkeiten, je nachdem wer die Entscheidung über die Höhe der Gebühren trifft und nach welchen Kriterien die Entscheidung zustande kommt. In denjenigen Ländern, die ihren öffentlich-rechtlichen Rundfunk aus dem öffentlichen Haushalt finanzieren wie etwa Frankreich, die Niederlande, Schweden und Spanien, ist es noch einfacher, über die Festlegung der finanziellen Mittel für die Anstalten deren Möglichkeiten einzuschränken.

Da Gebühren in der Regel unabhängig von der tatsächlichen Nutzung der öffentlich-rechtlichen Kanäle zu zahlen sind, sind sie umstritten und beim Publikum meist unpopulär. Die Legitimation der Gebühren liegt im gesellschaftlichen Auftrag der öffentlich-rechtlichen Anstalten begründet, der allerdings nicht einfach zu vermitteln ist. Es ist daher nicht überraschend,

dass populistische Parteien bei der Finanzierung ansetzen, um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu beschränken. Das traf sogar die BBC, die 2022 100jähriges Bestehen feierte und geradezu den Inbegriff des öffentlich-rechtlichen Modells darstellt. Kaum hatte

Mit dem Verweis auf die finanzielle Belastung der Bürger:innen setzte Nadine Dorries ein Einfrieren der Rundfunkgebühr für zwei Jahre bis 2024 durch.

Nadine Dorries im September 2021 ihr Amt als Ministerin für Kultur, Medien und Sport im Kabinett von Boris Johnson angetreten, da kritisierte sie den „elitären Ansatz“ der BBC und stellte in Frage, dass es den Sender zehn Jahre später noch geben würde (vgl. Buchan 2021). Mit dem Verweis auf die finanzielle Belastung der Bürger:innen setzte sie ein Einfrieren der Rundfunkgebühr für zwei Jahre bis 2024 durch. In den vier Jahren danach sollte die Gebühr entsprechend der Inflationsquote steigen. Dorries kündigte zugleich an, dass dieser Schritt das Ende des bisherigen Finanzierungsmodells für die BBC sein sollte. Angesichts der Höhe der Inflation entschied die Regierung un-

ter Premier Rishi Sunak Ende 2023 schließlich, lediglich eine geringere Erhöhung zu genehmigen, was den Sender zu weiteren Einsparungen zwingt und hinsichtlich der für 2027 fälligen Erneuerung der Lizenz Sorgen bereiten muss (vgl. Gregory et al. 2023; Waterson 2022).

Schon früher hatte Johnson selbst der BBC die Überprüfung des Gebührenmodells angedroht und in Aussicht gestellt, die Zahlungsverweigerung zu entkriminalisieren, was einer Einladung gleichgekommen wäre, keine Gebühren mehr zu entrichten (vgl. Taylor/Waterson 2019). Den gleichen Vorschlag hatten auch UKIP und ihr Vorsitzender Nigel Farage gemacht – ebenso wie Johnson nach persönlichen Hakeleien mit der BBC.

Ähnliches bahnte sich für den Österreichischen Rundfunk (ORF) an während der Koalitionsregierung von Österreichischer Volkspartei (ÖVP) und Freiheitlicher Partei (FPÖ) unter Bundeskanzler Sebastian Kurz (2017-2019). In dieser Zeit kulminierten die Auseinandersetzungen der FPÖ mit dem ORF (vgl. Beaufort 2022, S. 4). Attacken auf die Berichterstattung und auch gegen einzelne Journalist:innen und besonders gegen den als kritisch bekannten Nachrichtenmoderator Armin Wolf zielten auf die Abschaffung der Rundfunkgebühren und Finanzierung des ORF aus dem staatlichen Haushalt. Der Bruch der Koalition nach der Ibiza-Affäre von Vizekanzler Heinz-Christian Strache, dem der ORF ein Dorn im Auge war, setzte den Plänen für eine entsprechende Reform ein Ende. Die Einführung einer Haushaltsabgabe ab Januar 2024, die die gerätebezogene Rundfunkgebühr ersetzt, nutzte die FPÖ allerdings zu einer neuerlichen Kampagne gegen die „ORF-Zwangssteuer“ und fordert die Beschränkung des ORF auf einen „Grundfunk“ (vgl. Fidler 2024).

Der Bruch der Koalition nach der Ibiza-Affäre von Vizekanzler Heinz-Christian Strache setzte den Plänen für eine entsprechende Reform ein Ende.

Das Konzept eines Grundfunks, die Forderung nach Abschaffung der Gebührenfinanzierung und den Vorwurf der Regierungspropaganda teilt sich die FPÖ mit der AfD (vgl. Kehrer 2024). Diese zieht ebenfalls gegen „Zwangsgebühren“ zu Felde und schlägt in ihrem Grundsatzprogramm von 2016 die Umwandlung des öffentlich-rechtlichen Systems in ein „Bezahlfernsehen“ vor. Dessen Angebote seien auf „wertvolle Inhalte wie hochwertige Berichterstattung, Bildung, Kunst und Kultur“ zu beschränken und „kostspielige Unterhaltung“ nur noch anzubieten, wenn es die Einnahmen erlauben (AfD 2016, S. 48).

Dass eine Reihe europäischer Staaten von der Gebührenfinanzierung auf eine Finanzierung des öffentlich-rechtlichen

Ende Februar 2024 teilte die Rundfunkkommission der Länder mit, dass die Entscheidung über eine Beitragserhöhung erst im Herbst fallen solle.

Rundfunks aus dem staatlichen Haushalt umgestellt und dabei dessen Unabhängigkeit aufs Spiel gesetzt und Einschränkungen des Angebots erzwungen hat, scheint den Erfolg populistischer Attacken zu bestätigen. Auch in Deutschland zeigt sich, dass es dafür nicht einmal einer Regierungsbeteiligung bedarf. Durch die Thematisierung der Rundfunkbeiträge im Wahlkampf und – wie aktuell in Thüringen – die Ankündigung, bei Regierungsübernahme den Medienstaatsvertrag kündigen zu wollen (vgl. Kehrer 2024), setzt die AfD das Thema auch auf die Tagesordnung der anderen Parteien und bringt diese unter Handlungsdruck. Ein Beispiel dafür lieferte die CDU in Sachsen-Anhalt, als sie Ende 2020, ein halbes Jahr vor der Landtagswahl, die für Januar 2021 anstehende Erhöhung des Rundfunkbeitrages blockierte. Als das Bundesverfassungsgericht einer Beschwerde der Sender stattgab, kritisierte Ministerpräsident Reiner Haseloff den Entscheidungsprozess, in dem die Kommission zur Überprüfung und Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) als unabhängige Institution die Höhe der Rundfunkbeiträge festlegt, als „Demokratieproblem“ und „Dilemma-Situation“ (vgl. Heidtmann 2021), weil die Länderparlamente eine Erhöhung kaum ablehnen könnten.

Sachsen-Anhalt war auch unter den Bundesländern, die schon vor der Vorlage der KEF-Empfehlung für eine Erhöhung der Beiträge ab 2025 ihre Ablehnung signalisierten (vgl. RND/epd 2023). Ende Februar 2024 teilte die Rundfunkkommission der Länder mit, dass die Entscheidung über eine Beitragserhöhung erst im Herbst fallen solle, also nach den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen, wo die Umfragen die AfD als stärkste Partei ausweisen. Zugleich binden die Länder ihre Entscheidung an Einsparvorschläge der Sender, die in einen Reformstaatsvertrag münden sollen (vgl. Hartung 2024). Dabei sollen auch die Empfehlungen des von der Rundfunkkommission der Länder eingerichteten Zukunftsrates eingehen, der seinen Bericht im Januar vorgelegt hat (siehe auch die Beiträge von Himmler und Schultz in diesem Heft).

Im populistischen Kampf gegen die Beitragsfinanzierung und für die Reduzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf einen Grundfunk, der trotz naheliegender Assoziation nichts mit dem umfassenden Grundversorgungsauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu tun hat, erweist sich eine Strategie als wirkungsvoll, die die Korruptheit der „Systemmedien“ entblößen soll. Dazu dient die Skandalisierung von Fäl-

len journalistischen Fehlverhaltens, von Lücken in der Aufsicht über die öffentlich-rechtlichen Anstalten oder von Gehältern, die das Einkommen des Bundeskanzlers übersteigen, und eröffnet die Gelegenheit, das gesamte System in Frage zu stellen. Der Effekt spiegelt sich in dem allseitigen Verweis auf die schwindende Akzeptanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks – von den Ministerpräsident:innen, der Rundfunkkommission der Länder bis hin zum Zukunftsrat.

Neben solchen Offensivstrategien versuchen populistische Akteure kritischer Berichterstattung auszuweichen. Das zeigt sich allgemein in der Bevorzugung der Kommunikation über soziale Netzwerke, was es erlaubt, die Öffentlichkeit der traditionellen Medien zu umgehen. Das zeigt sich aber zum Beispiel auch im (Aufmerksamkeit sichernden) Abbruch von Interviews wie auch in der Verweigerung des Zutritts von Journalist:innen zu Parteitag, Pressekonferenzen oder Wahlkampfveranstaltungen. Das passierte zum Beispiel einem Team, das für das ARD-Magazin „Monitor“ beim Parteitag der Thüringer AfD filmen wollte und Zugang erst durch einen Gerichtsbeschluss erhielt (vgl. ZDF 2023). Ähnlich erging es Journalist:innen vom ARD-Magazin „Kontraste“, denen die Dreherlaubnis für einen AfD-Bürgerdialog verweigert wurde „mit der Begründung, man wolle ausschließlich ‚seriöse Journalisten‘ zulassen“ (RBB 2024).

*Journalist:innen vom
ARD-Magazin „Kontraste“ wurde die
Dreherlaubnis für einen
AfD-Bürgerdialog verweigert.*

Fazit

Die Aufzählung vom Anfang dieses Beitrags ist noch nicht einmal vollständig: Überall in Europa steht der öffentlich-rechtliche Rundfunk im Zentrum der Medienfeindlichkeit populistischer Parteien.

Die Idee eines von politischer und wirtschaftlicher Macht unabhängigen und dem Pluralismus verpflichteten Rundfunks verträgt sich nicht mit dem ideologischen Kern des Populismus, der das Volk in Kontrast zu einer vermeintlich korrupten Elite setzt, und zu dieser auch die Medien zählt.

Mit seiner allgemeinen Skepsis gegen solche mit einer Kontrollfunktion ausgestatteten Institutionen sät der Populismus Misstrauen gegenüber den unabhängigen Medien, das seinen Ausdruck auch in der Behinderung journalistischen Arbeitens findet und sich in Anfeindungen, Drohungen und physischen Attacken auf Journalist:innen Bahn bricht. In mehreren europäischen Ländern, darunter Deutschland, Österreich, Niederlande

und Schweden, schlagen sich solche Angriffe im Pressefreiheitsindex von Reporter ohne Grenzen bei der Einstufung der Sicherheit von Journalist:innen nieder und führen zu Abwertungen (vgl. Reporter ohne Grenzen 2023b). Ungeachtet eines ohne Zweifel bestehenden Reformbedarfs der öffentlich-rechtlichen Anstalten stellen die Strategien zur Delegitimierung der traditionellen Medien und das Ausweichen vor kritischer Berichterstattung auch einen Angriff auf die Freiheit der Medien dar.

Die Attacken auf den mit einem umfassenden gesellschaftlichen Auftrag versehenen öffentlich-rechtlichen Rundfunk setzen ein Modell aufs Spiel, das seine Anfänge vor hundert Jahren hatte und dazu beigetragen hat, dass Europa im weltweiten Vergleich immer wieder die besten Werte bei der Einstufung seiner Medienfreiheit erreicht.

Literatur

- AfD (2016): *Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland* https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/05/Programm_AfD_Online_.pdf (zuletzt aufgerufen am 15.3.2024).
- Beaufort, Maren (2022): *Gewappnet für die Zukunft? Öffentlich-rechtlicher Rundfunk in Österreich*. In: FES-Impuls, Januar, S. 1-8. <https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/18777-20220307.pdf> (zuletzt aufgerufen am 8.4.2024).
- Buchan, Liz (2021): *Nadine Dorries questions if BBC will exist in 10 years and accuses it of 'elitist' approach*. <https://dailymirror.org/news/politics/nadine-dorries-questions-bbc-exist-25135251> (zuletzt aufgerufen am 17.3.2024).
- Council of Europe (2019): *Public Service Media*. <https://rm.coe.int/leaflet-publicservice-media-en/1680735c27> (zuletzt aufgerufen am 20.3.2024).
- Europäische Kommission (2022): *Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für Mediendienste im Binnenmarkt (Europäisches Medienfreiheitsgesetz) und zur Änderung der Richtlinie 2010/13/EU. COM(2022) 457 final*. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52022PC0457> (zuletzt aufgerufen am 11.2.2024).
- Europäische Kommission (2023): *Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen 2023. Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2023. COM(2023) 800 final*. https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:f3880d7f-1c13-11ee-806b-01aa75ed71a1.0003.02/DOC_1&format=PDF (zuletzt aufgerufen 21.3.2024).
- Fidler, Harald (2024): *ORF-Chef Roland Weißmann geht mit ORF-Beitrag in ein unsicheres Jahr*. <https://www.derstandard.de/story/3000000201233/orf-chef-roland-weissmann-geht-mit-orf-beitrag-in-ein-unsicheres-jahr> (zuletzt aufgerufen am 13.3.2024).

- Freedom House (2019): *Freedom and the media 2019: A downward spiral*. https://freedomhouse.org/sites/default/files/FINAL07162019_Freedom_And_The_Media_2019_Report.pdf (zuletzt aufgerufen am 10.3.2024).
- Gregory, James/Capella, Hannah/Rufo, Yasmin (2023): BBC licence fee £15 increase too high, culture secretary says. <https://www.bbc.com/news/uk-67610100> (zuletzt aufgerufen am 12.3.2024).
- Hartung, Helmut (2024): Wir entscheiden im Herbst. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 27.2., S. 13.
- Heidtmann, Jan (2021): Haseloff zum Rundfunk-Urteil: „Das bleibt eine Dilemma-Situation“. <https://www.sueddeutsche.de/politik/haseloff-rundfunkgebuehren-sachsen-anhalt-1.5374492> (zuletzt aufgerufen am 16.3.2024).
- Holtz-Bacha, Christina (2021): *The kiss of death. Public service media under right-wing populist attack*. In: *European Journal of Communication*, 36. Jg., H. 3, S. 221-237, DOI: 10.1177/0267323121991334.
- Kehrer, Andreas (2024): Höckes 5-Punkte-Plan für den Fall, dass die AfD Thüringen regiert. <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/hoেকে-fuenf-punkte-plan-afd-102.html> (zuletzt aufgerufen am 16.3.2024).
- Mudde, Cas/Rovira Kaltwasser, Cristóbal (2013): Populism. In: Freedon, Michael/Stears, Marc (Hg.): *The Oxford Handbook of Political Ideologies*. Oxford, S. 493-512.
- RBB (2024): Gericht: AfD-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt muss ARD-Kontraste Zutritt gewähren. <https://www.presseportal.de/pdf/5698259-download.pdf> (zuletzt aufgerufen am 24.1.2024).
- Reporter ohne Grenzen (2023a): Rangliste der Pressefreiheit 2023. https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Jahresbilanz/RSF_Jahresbilanz_der_Pressefreiheit_2023_DE_.pdf (zuletzt aufgerufen am 13.3.2024).
- Reporter ohne Grenzen (2023b): Rangliste mit Details. https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Ranglisten/Rangliste_2023/RSF_Rangliste_2023_Details_ENG.xlsx (zuletzt aufgerufen am 13.3.2024).
- RND/epd (2023): Rundfunkbeiträge: Sechs Bundesländer wollen nicht erhöhen. <https://www.deutschlandfunk.de/mehrere-laender-signalisieren-ablehnung-einer-erhoehung-100.html> (zuletzt aufgerufen am 13.3.2024).
- Sehl, Annika/Simon, Felix M./Schroeder, Ralph (2020): *The populist campaigns against European public service media: Hot air or existential threat?* In: *The International Communication Gazette*, 84. Jg., H. 1, S. 3-23, DOI: 10.1177/1748048520939868.
- Taylor, Matthew/Watsonson, Jim (2019): Boris Johnson threatens BBC with two-pronged attack. <https://www.theguardian.com/media/2019/dec/15/boris-johnson-threatens-bbc-with-two-pronged-attack> (zuletzt aufgerufen am 21.3.2024).

Waterson, Jim (2022): BBC licence fee to be abolished in 2027 and funding frozen. <https://www.theguardian.com/media/2022/jan/16/bbc-licence-fee-to-be-abolished-in-2027-and-funding-frozen> (zuletzt aufgerufen am 9.2.2024).
ZDF (2023): Thüringer AfD muss „Monitor“ zulassen. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/ard-monitor-urteil-zugang-afd-parteitag-thueringen-100.html> (zuletzt aufgerufen am 20.3.2024).